

Lieder/Ceesay  
Hinweisgeberschutzgesetz



Beck'sche Kurz-Kommentare

# Hinweisgeberschutz- gesetz

Herausgegeben vom

**Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard)**

Professor am Institut für Wirtschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht,  
Abt. I: Wirtschaftsrecht  
Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

**Dr. Philipp Ceesay LL.M. (Harvard)**

Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für  
ausländisches und internationales Privatrecht Hamburg

2025



C.H. BECK

Zitiervorschlag: *Lieder/Ceesay/Bearbeiter* *HinSchG* § ... Rn. ...

**beck.de**

ISBN 978 3 406 81143 2

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark  
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort

Mit dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) hat der deutsche Gesetzgeber das Whistleblowing-Recht in Deutschland erstmals übergreifend in Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie kodifiziert. Zuvor hatten bereits BAG, BVerfG und EGMR den Schutz von Personen konturiert, die Fehlverhalten aus dem Inneren von Organisationen melden oder öffentlich machen. Zudem war die Einrichtung von Whistleblowing-Kanälen zunehmend in den Fokus der Diskussion um Corporate Compliance gerückt. Vor allem im Bank- und Finanzaufsichtsrecht hatten solche Einrichtungspflichten bereits Eingang in sektorspezifische Gesetze gefunden. Die dem Hinweisgeberschutzgesetz vorausgehenden Entwicklungen verdeutlichen, dass das Whistleblowing-Recht auf zwei Grundpfeilern ruht: dem Schutz hinweisgebender Personen und den organisationsrechtlichen Vorgaben zur Einrichtung von Meldemechanismen. Anders als sein Name vermuten lässt, verfolgt das Hinweisgeberschutzgesetz einen umfassenden Regelungsansatz, indem es neben Vorschriften zum Schutz hinweisgebender Personen auch zahlreiche organisationsrechtliche Vorgaben enthält. Die Wirkungen des Hinweisgeberschutzgesetzes reichen mithin weit über das Arbeitsrecht hinaus. Das wird nicht zuletzt in der Zusammensetzung des Bearbeiterkreises der vorliegenden Kommentierung deutlich.

Darüber hinaus hebt das Hinweisgeberschutzgesetz die ihm vorausgegangen sektorspezifischen Regelungen weder auf noch lässt es sie unberührt. Vielmehr genießen die sektorspezifischen Regelungen bei ergänzender Anwendung des HinSchG grundsätzlich Vorrang. Für die Praxis in den betreffenden Sektoren ist daher eine Kommentierung erforderlich, welche die sektorspezifischen Regelungen berücksichtigt. Deren Bearbeitung tritt neben die grundständige Erläuterung des HinSchG und liegt in der Hand von Experten der jeweiligen Spezialmaterien. Besonderes Augenmerk liegt zudem auf der Verzahnung des allgemeinen und besonderen Hinweisgeberschutzrechts. Querverweise zu den Kommentierungen der einschlägigen Regeln des HinSchG sollen dem Leser ein umfassendes Bild des anwendbaren Regelungsregimes verschaffen.

Bei alledem liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Darstellung und methodenorientierten Berücksichtigung der unionsrechtlichen Vorgaben im Rahmen der Auslegung des deutschen Rechts. Denn nicht nur die sektorspezifischen Regeln, auch das Hinweisgeberschutzgesetz selbst, basieren auf europäischen Vorgaben.

Obwohl das HinSchG die erste Kodifikation des Whistleblowing-Recht in Deutschland darstellt, kodifiziert es weder den Hinweisgeberschutz noch die organisationsrechtlichen Vorgaben abschließend. Diese Lücke wird in Form einer kompakten Darstellung des Hinweisgeberschutzes und der organisationsrechtlichen Vorgaben außerhalb des Anwendungsbereichs des HinSchG geschlossen werden (→ Einleitung Rn. 5 ff., 35 ff.). Im Rahmen

## Vorwort

der Kommentierung der Übergangsregelung wird zudem die intertemporale Anwendung des HinSchG in Bezug auf Verstöße, Informationsbeschaffung und Meldungen vor Inkrafttreten des Gesetzes erläutert (→ § 42 Rn. 11 ff.).

Insgesamt ist es das Ziel von Herausgebern und Autoren, Praxis und Wissenschaft eine strukturierte und methodisch fundierte Darstellung des gesamten Whistleblowing-Rechts an die Hand zu geben. Das wäre nicht möglich gewesen ohne den großen Einsatz aller Autoren, denen an dieser Stelle nochmals ganz herzlich gedankt sei. Ein besonderer Dank gilt Herrn Raphael Wagner, der sich um die Konzeption und Finalisierung des Kommentars besonders verdient gemacht hat. Schließen danken wir dem Lektoratsleiter Herrn Dr. Klaus Winkler sowie dem Lektor Herrn Ulrich Pawlik aus dem Hause C.H. Beck für die vorzügliche Betreuung.

Freiburg/Hamburg im Oktober 2024

Jan Lieder  
Philipp Ceesay

## **Bearbeiterverzeichnis**

### **Dr. Eike Bicker LL.M.**

Rechtsanwalt, Partner, Gleiss Lutz, Frankfurt a. M.

### **Dr. Jürgen Bürkle**

Rechtsanwalt, Partner, BRP Renaud, Stuttgart

### **Dr. Philipp Ceesay LL.M. (Harvard)**

Professor, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

### **Nina Czubyko**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bucerius Law School, Hamburg

### **Dr. Tobias Eggers**

Rechtsanwalt, Partner, Park Wirtschaftsstrafrecht, Dortmund

### **Dr. Christoph Kumpan LL.M. (Univ. of Chicago)**

Professor, Lehrstuhlinhaber Lehrstuhl Privatrecht II – Bürgerliches Recht, Unternehmensrecht und Kapitalmarktrecht, Bucerius Law School, Hamburg

### **Dr. Jan Lieder LL.M. (Harvard)**

Professor, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

### **Dr. Carlo Maus**

Taylor Wessing, München

### **Valerie Meyden, LL.M.**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin in einer internationalen Wirtschaftskanzlei

### **Robin Misterek LL.M.oec.**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bucerius Law School, Hamburg

### **Dr. Malte Passarge**

Rechtsanwalt, Partner, Huth Dietrich Hahn, Hamburg

### **Prof. Dr. Christian Pelz**

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Fachanwalt für Steuerrecht, Partner, Noerr, München  
Honorarprofessor, Universität Augsburg, Zentrum für Weiterbildung & Wissenstransfer

## **Bearbeiterverzeichnis**

**Dr. Stefan Reuter, LL.M., Maître en droit**  
Rechtsanwalt, Partner, BRP Renaud, Stuttgart

**Dr. Andreas Sattler, LL.M. (Nottingham)**  
Privatdozent, Akademischer Oberrat a.Z., Institut für Privatrecht und Zivil-  
verfahrensrecht, Ludwig-Maximilians-Universität München

**Dr. Marcus Schladebach LL.M.**  
Professor, Professurinhaber Forschungsstelle für Öffentliches Recht, Medi-  
enrecht und Luft- und Weltraumrecht, Universität Potsdam

**Raphael Wagner**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Bearbeiterverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XLIII
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur .....	LXI

## Kapitel I: Einleitung

A. Das HinSchG als (Teil-)Kodifikation des Whistleblowing-Rechts .....	1
B. Struktur und Inhalt des Gesetzes .....	4
C. Unionsrechtlicher Hintergrund .....	6
D. Grundrechtliche Dimensionen des Hinweisgeberschutzes .....	8
E. Verhältnis zu den zuvor etablierten Rechtsprechungsgrundsätzen zum Hinweisgeberschutz .....	10
F. Intertemporale Anwendbarkeit des HinSchG .....	13

## Kapitel II: Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG)

### Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

<b>§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich .....</b>	<b>15</b>
A. Regelungsgegenstand und Zweck; unionsrechtlicher Hintergrund .....	15
I. Zielsetzung .....	16
II. Persönlicher Anwendungsbereich .....	19
B. Hinweisgebende Personen (Abs. 1) .....	20
C. Betroffene Personen (Abs. 2) .....	23
<b>§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich .....</b>	<b>23</b>
A. Einleitung und Überblick .....	28
I. Betroffene Rechtsnormen .....	28
II. Grenzen des sachlichen Anwendungsbereichs .....	28
III. Vorrang spezialgesetzlicher Regelungen .....	29
B. Europarechtliche Vorgaben .....	29
C. Sinn und Zweck .....	30
D. Straf- und bußgeldbewehrte Verstöße .....	30
I. Strafbewehrte Verstöße (Abs. 1 Nr. 1) .....	30
1. Gesetzgeberische Intention .....	30
2. Strafvorschriften .....	31
II. Bußgeldbewehrte Verstöße (Abs. 1 Nr. 2) .....	31
1. Gesetzgeberische Intention .....	32
2. Bußgeldbewehrte Verstöße .....	32

# Inhaltsverzeichnis

3. Schutz von Leib, Leben oder Gesundheit .....	32
4. Schutz von Beschäftigten und ihrer Vertretungsorgane .....	32
a) Schutz von Beschäftigten .....	32
b) Schutz von Vertretungsorganen .....	33
E. Sonstige Verstöße (Abs. 1 Nr. 3–10) .....	34
I. Umsetzung der Unionsvorgaben (Abs. 1 Nr. 3) .....	34
1. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Buchst. a) .....	34
2. Produktsicherheit und -konformität (Buchst. b) .....	34
3. Sicherheit im Straßenverkehr (Buchst. c) .....	35
4. Gewährleistung der Eisenbahnbetriebssicherheit (Buchst. d) .....	35
5. Sicherheit im Seeverkehr (Buchst. e) .....	35
6. Zivile Luftverkehrssicherheit (Buchst. f) .....	36
7. Verkehrssicherheit bei Beförderung gefährlicher Güter (Buchst. g) .....	36
8. Umweltschutz (Buchst. h) .....	36
9. Strahlenschutz und kerntechnische Sicherheit (Buchst. i) .....	37
10. Umweltschutz hinsichtlich der Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und Energieeffizienz (Buchst. j) .....	37
11. Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tierschutz (Buchst. k) .....	37
12. Öffentliche Gesundheit (Buchst. l) .....	38
13. Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse (Buchst. m) .....	38
14. Verbraucherschutz und Verbraucherrechte (Buchst. n) .....	38
15. Verarbeitung personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Buchst. o) .....	39
16. DS-GVO (Buchst. p) .....	39
17. Sicherheit in der Informationstechnik (Buchst. q) .....	39
18. Ausübung von Aktionärsrechten (Buchst. r) .....	40
19. Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Buchst. s) .....	40
20. Rechnungslegung (Buchst. t) .....	40
II. Öffentliche Aufträge und Konzessionen (Abs. 1 Nr. 4) .....	41
III. Aufsichtsrechtliche Vorgaben der BaFin (Abs. 1 Nr. 5) .....	41
IV. Steuerrechtliche Vorgaben (Abs. 1 Nr. 6) .....	41
V. Vereinbarung über Steuerhinterziehung, Gestaltungsmissbrauch etc. (Abs. 1 Nr. 7) .....	42
VI. Wettbewerbsrecht (Abs. 1 Nr. 8) .....	42
VII. Digitale Märkte (Abs. 1 Nr. 9) .....	43
VIII. Verfassungstreue (Abs. 1 Nr. 10) .....	43
1. Schutzzweck .....	43

# Inhaltsverzeichnis

2. Beamtinnen und Beamten des Bundes .....	44
3. Äußerungen .....	44
4. Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue .....	44
F. Weitere Verstöße gegen Unionsrecht (Abs. 2) .....	45
I. Verstöße gegen finanzielle Interessen der EU (Abs. 2 Nr. 1) .....	45
II. Verstöße gegen Binnenmarktvorschriften (Abs. 2 Nr. 2) .....	45
G. Zusammenspiel mit dem LkSG und der CSDDD .....	45
H. Umgang mit Hinweisen außerhalb des sachlichen Anwendungsbereichs und Altfällen .....	47
I. Anwendbarkeit des HinSchG auf Verstöße außerhalb des sachlichen Anwendungsbereichs/überobligatorische Umsetzung .....	47
II. Selbstbindung der Unternehmen durch überobligatorische Umsetzung? .....	48
III. Altfälle .....	49
<b>§ 3 Begriffsbestimmungen</b> .....	49
A. Regelungsgegenstand und Zweck; unionsrechtlicher Hintergrund .....	51
B. Bedeutung der Begriffsbestimmung (Abs. 1) .....	52
C. Verstöße (Abs. 2) .....	52
I. Objektive Normverletzungen (Abs. 2 S. 1) .....	52
II. Missbräuchliche Handlungen (Abs. 2 S. 2) .....	52
D. Informationen über Verstöße (Abs. 3) .....	53
E. Meldungen (Abs. 4) .....	54
F. Offenlegung (Abs. 5) .....	55
G. Repressalien (Abs. 6) .....	57
H. Folgemaßnahmen (Abs. 7) .....	59
I. Beschäftigte (Abs. 8) .....	60
J. Beschäftigungsgeber (Abs. 9) .....	62
K. Private Beschäftigungsgeber (Abs. 10) .....	63
<b>§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen</b> .....	64
A. Regelungsgegenstand und Zweck; unionsrechtlicher Hintergrund .....	66
B. Verhältnis zu sektorspezifischen Hinweisgeberschutz-Regelungen (Abs. 1) .....	67
I. Vorrang der sektorspezifischen Regelungen in Nr. 1–12 (S. 1) bei ergänzender Anwendung des HinSchG (S. 2) ...	67
II. Verhältnis zu nicht in Nr. 1–12 aufgeführten sektorspezifischen Regelungen .....	70
C. Verhältnis zum Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen (Abs. 2) .....	71
D. Verhältnis zur kartellrechtlichen Kronzeugenregelung (Abs. 3) .	72
E. Verhältnis zum Strafprozessrecht (Abs. 4) .....	73

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten</b> .....	74
A. Normzweck .....	76
I. Allgemeines .....	76
II. Rechtspolitische Würdigung .....	76
B. Erläuterung .....	77
I. Ausschluss (Abs. 1) .....	77
1. Informationen, die Sicherheitsinteressen betreffen (Nr. 1) .....	77
a) Extensivierung und Unbestimmtheit des Ausnahmetatbestandes .....	78
b) Umkehr von Ausnahme zu Regelfall .....	80
2. Informationen von Nachrichtendiensten und vergleichbaren Stellen (Nr. 2) .....	81
3. Informationen, die die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen nach Art. 346 AEUV betreffen (Nr. 3) .....	82
4. Beschränkung durch die Rechtsprechung des EGMR zu Art. 10 EMRK. ....	83
II. Informationen die Verschwiegenheits- oder Geheimhaltungspflichten unterliegen (Abs. 2) .....	85
1. Verschlussachen (Nr. 1) .....	85
a) Ausnahme der Vorschrift nach 2. HS. ....	85
b) Akt der Einstufung als alleiniges Kriterium (Missbrauchspotential) .....	87
c) Beschränkung auf internen Meldeweg .....	88
d) Sonderregelung für Beamte in § 2 Abs. 1 Nr. 10 .	88
2. Informationen, die dem richterlichen Beratungseheimnis unterliegen (Nr. 2) .....	90
3. Informationen, die der Verschwiegenheitspflicht durch Rechtsanwälte, Strafverteidiger, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte und Notare unterliegen (Nr. 3) .....	90
a) Berufsgruppen .....	91
aa) Rechtsanwälte .....	91
bb) Kammerrechtsbeistände .....	91
cc) Patentanwälte .....	91
dd) Verteidiger .....	91
ee) Notare .....	91
ff) Gehilfen .....	92
gg) Steuerberater und Wirtschaftsprüfer .....	92
b) Ausschluss von Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern .....	92
4. Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen Erbringern von Gesundheitsleistungen und Patienten (Nr. 4) .....	93
a) Berufsgruppen der ärztlichen Schweigepflicht ....	93
b) Tierärzte .....	93

5. Verschwiegenheitspflicht der Gehilfen der in Nr. 3, 4 genannten Berufsgruppen (Nr. 5.) .....	94
III. Teleologische Reduktion .....	94
<b>§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheim- haltungspflichten</b> .....	94
A. Geschäftsgeheimnisse und Hinweisgeberschutz nach GeschGehG .....	97
I. Überblick .....	97
II. Hinweisgeberschutz nach § 5 Nr. 2 GeschGehG .....	98
1. Geschäftsgeheimnis iSv § 2 Nr. 1 GeschGehG .....	98
a) Information von wirtschaftlichem Wert .....	99
b) Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen .....	99
c) Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung .....	103
2. Zulässige Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen nach § 5 Nr. 2 GeschGehG .....	104
a) Fehlverhalten .....	104
b) Zur Aufdeckung .....	107
c) Geeignet zum Schutz des allgemeinen Interesses ..	107
B. Verhältnis von § 5 Nr. 2 und § 6 Abs. 1 .....	109
C. Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen (Abs. 1) .....	110
I. Hinreichender Grund – Notwendigkeit der Offenlegung/ Weitergabe (§ 6 Abs. 1 Nr. 1) .....	110
II. Hinreichender Grund – Wahrheitsgehalt (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 iVm § 33 Abs. 1 Nr. 2) .....	112
1. Gesetzesbegründung .....	112
2. Literatur .....	113
3. Rechtsprechung des EGMR .....	113
4. Abgrenzungsschwierigkeiten .....	114
III. Hinreichender Grund – Anwendungsbereich eröffnet (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 iVm § 33 Abs. 1 Nr. 3) .....	114
IV. Anwendung des § 32 bei Offenlegung? .....	115
V. Ausnahme vom Anwendungsbereich – Böswilligkeit und Missbräuchlichkeit. ....	116
VI. Rechtsfolgen .....	117
D. Außerkraftsetzung von sonstigen Verschwiegenheits- oder Geheimhaltungspflichten (Abs. 2) .....	117
I. Anwendungsbereiche .....	118
1. Vertragliche Verschwiegenheits- oder Geheimhal- tungspflichten (Alt. 1) .....	118
a) Verfassungsrechtliche Bedenken – Eingriff in Pri- vatautonomie (Art. 2 Abs. 1 GG) .....	118
b) Gefahr des Missbrauchs .....	119
2. Gesetzliche Verschwiegenheits- oder Geheimhaltungs- pflichten (Alt. 2) .....	120
II. Voraussetzungen der Weitergabe .....	120
III. Voraussetzungen des § 32 bei Offenlegung .....	120
IV. Rechtsfolgen .....	121

# Inhaltsverzeichnis

V. Whistleblowing durch Organmitglieder .....	121
E. Umgang der Meldestelle mit Informationen, die Geschäftsgeheimnisse beinhalten (Abs. 3–5) .....	124
I. Überblick .....	124
II. Rechtsnatur der Verpflichtung .....	124
III. Umfang der Verpflichtung .....	125
IV. Beachtung schutzwürdiger Belange Betroffener (Abs. 3 Nr. 2) .....	126
V. Zeitpunkt .....	127
VI. Zulässige Weitergabe oder Verwendung .....	127
VII. Rechtsfolge .....	128

## Abschnitt 2. Meldungen

### Unterabschnitt 1. Grundsätze

<b>§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung</b> .....	129
A. Grundlagen .....	131
I. Systematik des 2. Abschnitts .....	131
II. Regelungsinhalt .....	132
B. Wahlrecht zwischen internen und externen Meldungen (Abs. 1) .....	132
I. Sekundärrechtlicher Hintergrund – Gleichrang interner und externer Meldungen .....	132
1. Meinungsstand .....	133
2. Stellungnahme .....	134
II. Regelungszweck und Regelungscharakter .....	137
III. Umfang des Wahlrechts (S. 1, 3) .....	137
1. Wahl zwischen Meldestellen und Kanälen .....	137
2. Melderechtsverbrauch .....	138
IV. Appell zu der Nutzung interner Meldekanäle (S. 2) .....	139
C. Verbot der Behinderung von Meldungen und der Folgekommunikation (Abs. 2) .....	140
I. Regelungszweck und europäischer Hintergrund .....	140
II. Regelungsinhalt .....	140
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes .....	141
D. Ausgestaltung interner Meldestrukturen (Abs. 3 S. 1, 3) .....	142
I. Sekundärrechtlicher Hintergrund .....	142
II. Regelungszweck und rechtspolitische Bewertung .....	142
III. Regulatorischer Inhalt der „Soll“-Vorschrift (S. 1) .....	143
IV. Möglichkeiten und Grenzen der Anreizsetzung (S. 3) .....	144
1. Allgemeines .....	144
2. Einzelfälle .....	145
E. Informationen über die Nutzung interner Meldeverfahren (Abs. 3 S. 2) .....	147
I. Normzweck und Regelungsgehalt .....	148
II. Verpflichtungsadressat .....	148
III. Umfang der bereitzustellenden Informationen .....	149

# Inhaltsverzeichnis

IV. Klare Information .....	149
V. Leichte Information .....	150
1. Personelle Dimension .....	150
2. Sachliche Dimension .....	151
<b>§ 8 Vertraulichkeitsgebot .....</b>	<b>152</b>
A. Grundlagen .....	153
I. Regelungsinhalt .....	153
II. Sekundärrechtlicher Hintergrund .....	153
III. Regelungszweck und Regelungssystematik .....	154
IV. Spannungsverhältnis zur DS-GVO .....	155
B. Geschützter Personenkreis und Schutzvoraussetzungen (Abs. 1 Satz 1) .....	155
I. Hinweisgebende Person (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	155
II. Personen, die Gegenstand einer Meldung sind (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) .....	156
III. Sonstige in der Meldung genannte Personen (Abs. 1 S. 1 Nr. 3) .....	157
C. Reichweite des Vertraulichkeitsgebots .....	158
I. Sachlicher Umfang des Vertraulichkeitsschutzes .....	158
II. Kenntnisberechtigung (Abs. 1 S. 2) .....	160
III. Zeitlicher Umfang des Vertraulichkeitsschutzes .....	161
D. Verpflichtungsadressat (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) .....	162
E. Verhältnis zu sektorspezifischen Vorgaben .....	164
F. Rechtsfolgen bei Verstoß .....	165
<b>§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot .....</b>	<b>166</b>
A. Grundlagen .....	169
I. Sekundärrechtlicher Hintergrund .....	169
II. Regelungsgegenstand und Regelungssystematik .....	170
B. Ausnahme bei fehlender Schutzwürdigkeit des Hinweisgebers (Abs. 1) .....	171
C. Weiterleitung von Informationen betreffend die Identität von Hinweisgebern (Abs. 2, 3) .....	174
I. Weitergabe an zuständige Stellen (Abs. 2) .....	174
1. Allgemeine Vorgaben .....	174
2. Einzelne Ausnahmetatbestände (S. 1) .....	176
a) Behördliche Anordnung oder gerichtliche Entscheidung (Nr. 1–3) .....	176
b) Zusätzliche Befugnisse der BaFin und des BKartA als externe Meldestellen (Nr. 4, 5) .....	177
3. Informationspflicht (S. 2–4) .....	178
a) Grundsatz .....	178
b) Ausnahme nach § 9 Abs. 2 S. 3 .....	178
II. Allgemeine Weiterleitungsbefugnis (Abs. 3) .....	179
1. Kumulative Voraussetzungen .....	179
2. Erforderlichkeit für Folgemaßnahmen .....	180
3. Ausdrückliche Einwilligung .....	181

# Inhaltsverzeichnis

a) Sachliche Anforderungen .....	181
b) Form .....	183
c) Gesondertes Vorliegen der Einwilligung für jede Weitergabe .....	183
d) Datenschutzrechtliche Anforderungen .....	184
e) Ausnahme vom Einwilligungserfordernis .....	185
D. Weiterleitung von Informationen betreffend die Identität (sonstiger) betroffener Personen (Abs. 4) .....	186
I. Allgemeines .....	186
II. Weiterleitung auf Basis einer Einwilligung (Nr. 1) .....	187
III. Weiterleitung ohne Einwilligung (Nr. 2–8) .....	188
1. Weitergabe durch interne Meldestellen zwecks interner Untersuchungen (Nr. 2) .....	188
2. Weitergabe zwecks Folgemaßnahmen (Nr. 3) .....	189
3. Weiterleitung auf staatliche Anforderung (Nr. 4–8) ..	190
<b>§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten .....</b>	<b>190</b>
A. Einführung .....	191
I. Europäische Vorgaben .....	192
II. Umsetzung durch § 10 .....	193
III. Systematische Stellung .....	194
1. Rolle des Datenschutzbeauftragten im Meldeverfahren .....	194
2. Abweichende Löschungspflichten im Meldeverfahren .....	197
B. Anwendungsbereich .....	197
I. Sachlicher Anwendungsbereich .....	197
1. Verarbeitung personenbezogener Daten .....	197
2. Keine Konkretisierung durch den EuGH .....	198
3. Besonderheit des Meldeverfahrens .....	200
4. Geregeltes Verhalten: Datenverarbeitung .....	200
II. Persönlicher Anwendungsbereich .....	201
1. Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter .....	201
2. Gemeinsame Verantwortlichkeit .....	203
C. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung .....	205
I. Einführung .....	205
II. § 10 S. 1 iVm Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DS-GVO .....	208
III. § 10 S. 2 iVm Art. 9 Abs. 2 Buchst. g DS-GVO .....	209
1. Besonders sensible personenbezogene Daten .....	210
2. Besondere Maßnahmen (§ 10 S. 3) .....	212
D. Verhältnis zwischen HinSchG und DS-GVO .....	214
I. Ergänzung durch die DS-GVO .....	215
1. Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. f DS-GVO) .....	215
2. Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO bzw. Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO) .....	215
II. Datenschutzrechtliche Folgenabschätzung .....	216
III. Spannungen zwischen Transparenz und Vertraulichkeit ...	217

IV. Mangelnde systematische Abgrenzung .....	219
<b>§ 11 Dokumentation der Meldungen .....</b>	<b>221</b>
A. Normzweck .....	222
B. Rechtspolitische Würdigung .....	222
I. Verfassungsrechtliche Bedenken – Selbstbelastungsfreiheit .....	222
II. Gefährdung der Anonymität .....	224
III. Keine Herausgabepflicht gegenüber Hinweisgeber .....	224
IV. Einseitige Löschpflicht .....	225
C. Dokumentationspflicht (Abs. 1) .....	225
I. Adressat .....	226
II. Gegenstand der Dokumentation .....	226
III. Vertraulichkeitsgebot gem. § 8 .....	226
IV. Zweck der Dokumentation .....	227
V. Beschlagnahme der Dokumentation .....	227
D. Meldung mittels Sprachübermittlung (Abs. 2) .....	230
E. Meldung im Rahmen einer Zusammenkunft (Abs. 3) .....	231
F. Prüfrecht des Hinweisgebers (Abs. 4) .....	231
G. Löschrfrist .....	233
I. Allgemeine Löschrfrist (S. 1) .....	233
II. Verlängerte Aufbewahrungsfrist (S. 2) .....	233
III. Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften .....	234
IV. Umfang der Löschrfrist .....	235
V. Zeitliche Begrenzung der Schutzmaßnahmen .....	235
H. Rechtsfolge .....	236

## Unterabschnitt 2. Interne Meldungen

<b>§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen .....</b>	<b>236</b>
A. Allgemeines .....	239
I. Interne Whistleblowing-Systeme als wesentliches Element der Corporate Compliance .....	239
II. Europäische Vorgaben der Whistleblower-RL .....	241
III. Alte Rechtslage .....	242
IV. Praktische Auswirkungen .....	243
B. Regelungsgegenstand und Regelungssystematik .....	244
C. Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen (Abs. 1 S. 1) .....	244
I. Regelungscharakter und Zweck .....	244
II. Verpflichtungsadressat .....	245
III. Einrichtung und Betrieb mindestens einer internen Meldestelle .....	247
D. Besondere Vorgaben für öffentliche Beschäftigungsgeber (Abs. 1 S. 2–4) .....	247
I. Bund oder Land als Beschäftigungsgeber (S. 2, 3) .....	247
II. Gemeinden, Gemeindeverbände sowie im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser stehende Beschäftigungsgeber (S. 4) .....	248
1. Regelung des HinSchG .....	248

# Inhaltsverzeichnis

2. Mitgliedstaatenoption .....	249
3. Landesrechtliche Regelungen .....	250
a) Zentrale Lösungen .....	250
aa) Hessen – HHinMeldG .....	250
bb) Baden-Württemberg – KommMeldG .....	252
cc) Bremen – BremHinSchGAG .....	255
dd) Niedersachsen – NHinMeldG .....	258
ee) Nordrhein-Westfalen – HinSchG AG NRW .....	261
ff) Rheinland-Pfalz – RhPfKoMStG .....	264
b) Dezentrale Lösungen – Bayern .....	267
c) Sonstige Bundesländer .....	269
E. Schwellenwertabhängige Einrichtungspflicht (Abs. 2) .....	269
I. Beschäftigte .....	270
1. Arbeitnehmerbegriff .....	271
2. Einbeziehung von Organmitgliedern .....	271
3. Leiharbeiter .....	272
4. Varia .....	273
II. Regelmäßigkeit .....	273
III. Kopfprinzip .....	275
IV. International operierende Unternehmen .....	276
F. Schwellenwertunabhängige Einrichtungspflicht (Abs. 3) .....	276
I. Allgemeines .....	276
II. Einzelne Verpflichtete .....	277
G. Pflicht zur Erteilung der notwendigen Befugnisse (Abs. 4) .....	278
H. Folgen einer Verletzung der Pflicht aus § 12 .....	279
I. Implementierungspflichten außerhalb von § 12 Abs. 1 S. 1 .....	279
J. Mitbestimmungsrecht .....	280
<b>§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen .....</b>	<b>281</b>
A. Regelungsgehalt .....	281
B. Aufgaben der internen Meldestelle (Abs. 1) .....	281
C. Information über externe Meldemöglichkeiten (Abs. 2) .....	282
<b>§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen .....</b>	<b>285</b>
A. Einleitung und Überblick .....	286
B. Europarechtliche Vorgaben .....	287
C. Sinn und Zweck .....	287
D. Anforderungen an die Organisationform interner Meldestellen (Abs. 1) .....	288
I. Gestaltungsspielraum für Unternehmen (Abs. 1 S. 1) .....	288
II. Beauftragung Dritter (Abs. 1 S. 2) .....	288
III. Innerdeutsche Konzernlösung .....	289
1. Grundlagen und nationales Recht .....	289
2. Einfluss europäischer Vorgaben .....	290
3. Umfang der Aufgaben einer zentralisierten Melde- stelle .....	293
IV. Integriertes System mit LkSG .....	294
V. EU-Grenzüberschreitende Konzernlösung .....	295

# Inhaltsverzeichnis

1. Hinweisgebersysteme mit lokalen Meldestellen .....	295
2. Hinweisgebersysteme mit zentralisierter Meldestelle .	296
a) Lokale Meldestelle („Frontend“) .....	296
b) Folgemaßnahmen (insb. Aufklärung des Sachverhalts) .....	296
VI. Bund oder Land als Beschäftigungsgeber (Abs. 1 S. 3) .....	298
E. Privilegierung kleiner und mittlerer Unternehmen (Abs. 2) ....	298
<b>§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde .....</b>	<b>300</b>
A. Einleitung und Überblick .....	300
B. Europarechtliche Vorgaben .....	301
C. Unabhängigkeit (Abs. 1 S. 1) .....	301
I. Sinn und Zweck .....	301
II. Sicherstellung der Unabhängigkeit (Abs. 1 S. 1) .....	301
D. Doppelfunktion (Abs. 1 S. 2) .....	303
E. Vermeidung von Interessenkonflikten (Abs. 1 S. 3) .....	304
F. Notwendige Fachkunde (Abs. 2) .....	305
<b>§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen .....</b>	<b>306</b>
A. Allgemeines .....	309
I. Gesetzgeberische Grundkonzeption .....	309
II. Unionsrechtlicher Hintergrund .....	310
B. Pflicht zur Implementierung interner Meldekanäle (Abs. 1 S. 1, 2) .....	311
C. Personale Öffnung der Kanäle (Abs. 1 S. 1, 3) .....	311
D. Sachliche Öffnung der Kanäle .....	313
E. Bearbeitung anonymer Meldungen (Abs. 1 S. 4) .....	315
I. Anonymität als zentraler Faktor des Hinweisgeberschutzes .....	315
II. Europäische Determinanten .....	315
III. Normgenese .....	316
IV. Regelungsinhalt .....	316
F. Spezielle Vertraulichkeitsvorgaben (Abs. 1 S. 5, Abs. 2) .....	318
I. Pflicht zur Implementierung von Meldekanälen für anonyme Meldungen (Abs. 1 S. 5) .....	318
1. Europäische Determinanten .....	318
2. Normgenese und rechtspolitische Würdigung .....	318
3. Regelungsinhalt .....	319
4. Konfliktlinien mit dem Datenschutzrecht .....	322
5. Mitbestimmungspflicht .....	323
II. Spezielles Vertraulichkeitsgebot (Abs. 2) .....	323
1. Regelungsgegenstand, Regelungszweck und unionsrechtlicher Hintergrund .....	323
2. Personale Dimension .....	324
3. Sachliche Dimension .....	324
4. Zeitliche Dimension .....	325
G. Verpflichtende Kommunikationsformen (Abs. 3) .....	325
I. Allgemeines .....	325

## Inhaltsverzeichnis

1. Europäische Vorgaben der Whistleblower-RL .....	325
2. Meldungen in mündlicher Form oder in Textform ..	326
3. Sprache .....	326
II. Mündliche Meldungen (S. 2) .....	327
III. Meldungen in Textform .....	327
IV. Physische Zusammenkunft (S. 3) .....	329
1. Reichweite der Verpflichtung .....	329
2. Physische und virtuelle Zusammenkunft .....	330
3. Ort der Zusammenkunft .....	330
4. Delegationsrecht .....	331
5. Angemessene Zeit .....	331
6. Zeitpunkt der Zusammenkunft .....	332
7. Kommunikation während der Zusammenkunft .....	332
<b>§ 17 Verfahren bei internen Meldungen .....</b>	<b>332</b>
A. Allgemeines und europäischer Hintergrund .....	334
B. Eingangsbestätigung (Abs. 1 Nr. 1) .....	334
I. Regelungszweck .....	334
II. Eingang einer Meldung .....	335
III. Form und Inhalt .....	335
IV. Kommunikationsweg .....	336
V. Frist .....	336
VI. Ausschluss der Verpflichtung und Geltung bei anonymen Meldungen .....	337
C. Prüfung des sachlichen Anwendungsbereichs (Abs. 1 Nr. 2) ....	337
D. Allgemeine Kontaktverpflichtung (Abs. 1 Nr. 3) .....	338
E. Prüfung der Stichhaltigkeit (Abs. 1 Nr. 4) .....	339
F. Ersuchen um weitere Informationen (Abs. 1 Nr. 5) .....	341
G. Angemessene Folgemaßnahmen nach § 18 (Abs. 1 Nr. 6) .....	342
H. Rückmeldepflicht (Abs. 2) .....	342
I. Form und Kommunikationsweg .....	342
II. Rückmeldefrist .....	343
III. Inhalt und Umfang .....	343
IV. Ausnahmen .....	345
V. Notwendigkeit weiterer Rückmeldungen .....	346
I. Haftung .....	346
<b>§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle .....</b>	<b>347</b>
A. Allgemeines .....	348
I. Vorgaben der Whistleblower-RL .....	348
II. Regelungsgehalt .....	349
III. Praktische Befunde .....	350
B. Pflicht zur Ergreifung von Folgemaßnahmen .....	351
C. Angemessenheit .....	353
D. Einzelmaßnahmen .....	355
I. Interne Untersuchungen (Nr. 1) .....	355
II. Verweis an andere zuständige Stelle (Nr. 2) .....	356

# Inhaltsverzeichnis

III. Abschluss des Verfahrens aus Mangel an Beweisen und anderen Gründen (Nr. 3) .....	357
IV. Abgabe des Verfahrens zwecks weiterer Untersuchungen (Nr. 4) .....	358
V. Unbenannte Folgemaßnahmen .....	361
E. Zuständigkeit .....	361
F. Folgemaßnahmen durch Dritte .....	362
G. Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung .....	362

## Unterabschnitt 3. Externe Meldestellen

<b>§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes</b> .....	363
A. Normzweck .....	364
B. Errichtung und Organisation (Abs. 1) .....	365
I. Errichtung (S. 1) .....	365
1. Organisatorische Eingliederung .....	365
2. Auf Bundesebene .....	365
3. Legaldefinition .....	366
II. Organisatorische Unabhängigkeit (S. 2) .....	367
1. Anforderungen .....	367
2. Vermeidung ministerialfreier Räume .....	367
3. Alternativmodell .....	368
C. Unabhängigkeit und Aufsicht (Abs. 2) .....	368
I. Operative Unabhängigkeit (S. 1) .....	368
II. Ausübung der Dienstaufsicht (S. 2, 3) .....	369
D. Personal und Sachausstattung (Abs. 3) .....	369
I. Bedarfsplanung .....	369
II. Anspruchsgrundlagenqualität .....	370
E. Konkurrierende Zuständigkeit (Abs. 4) .....	370
I. Normverhältnis .....	370
II. Konkurrenzsituationen .....	371
1. Konkurrenz auf Bundesebene .....	371
2. Konkurrenz Bundes- und Landesebene .....	372
<b>§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder</b> .....	372
A. Normzweck .....	372
B. Externe Meldestellen der Länder .....	373
<b>§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle</b> .....	374
A. Normzweck .....	374
B. Zuständigkeit der BaFin .....	375
I. Zuständigkeiten (S. 1) .....	375
1. Meldungen gem. § 4d FinDAG (Nr. 1) .....	375
2. Meldungen gem. § 2 Abs. 1 HinSchG (Nr. 2) .....	375
II. Ausgestaltung und Organisation (S. 2) .....	376

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle</b> .....	378
A. Normzweck .....	378
B. Zuständigkeit des BKartA .....	379
I. Meldungen von Verstößen nach § 2 Abs. 1 Nr. 8, 9 HinSchG (Abs. 1) .....	379
1. EU-Kartellrecht .....	379
2. Nationales Kartellrecht .....	380
3. Digital Markets Act (DMA) .....	380
4. Subsidiäre Zuständigkeit des BKartA (S. 2) .....	380
II. Konkurrenzverhältnis (Abs. 2) .....	381
<b>§ 23 Weitere externe Meldestellen</b> .....	381
A. Normzweck .....	382
B. Errichtung weiterer Meldestellen .....	382
I. Verstöße der externen Meldestelle des Bundes nach § 19 HinSchG (Abs. 1) .....	382
II. Verstöße der besonderen externen Meldestellen nach §§ 20–22 HinSchG (Abs. 2) .....	383
<b>§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen</b> .....	383
A. Normzweck .....	384
B. Norminhalt .....	384
I. Allgemeine Aufgabenzuweisung (Abs. 1) .....	384
II. Informationsgewährleistung und Vorabberatung (Abs. 2) .....	385
1. Grundidee .....	385
2. Anspruch auf Beratung (S. 1, 2) .....	385
a) Anspruchsqualität .....	385
b) Umfang .....	386
3. Verhältnis von Abs. 2 zu Abs. 3 .....	387
III. Informationen im Internet (Abs. 3) .....	387
IV. Informationen für interne Meldestellen (Abs. 4) .....	388
<b>§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung</b> .....	388
A. Normzweck .....	388
B. Norminhalt .....	389
I. Fachliche Unabhängigkeit (Abs. 1) .....	389
II. Fortbildungen (Abs. 2) .....	389
<b>§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen</b> .....	390
A. Normzweck .....	391
B. Berichtspflichten .....	391
I. Umfang (Abs. 1) .....	391
1. Aufgaben- und Befugnisnorm (S. 1) .....	391
2. Anonymität und Persönlichkeitsschutz (S. 2) .....	392
II. Inhalt der Berichte (Abs. 2) .....	393
III. Übermittlung der Berichte (Abs. 3) .....	394

## Unterabschnitt 4. Externe Meldungen

<b>§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen</b> .....	394
A. Normzweck .....	395
B. Einrichtung von Meldekanälen (Abs. 1) .....	396
I. Ausgestaltung von Meldekanälen (S. 1, 2) .....	396
II. Anonyme Meldungen (S. 3, 4) .....	396
1. Widersprüchlicher Wortlaut .....	396
2. Rechtliche Würdigung .....	396
3. Spezialfall § 4d FinDAG .....	398
4. Fazit .....	398
C. Weiterleitung aus Zuständigkeitsgründen (Abs. 2) .....	398
D. Form der Meldung (Abs. 3) .....	399
<b>§ 28 Verfahren bei externen Meldungen</b> .....	400
A. Eingangsbestätigung (Abs. 1) .....	401
I. Zeitlicher Rahmen und Form der Eingangsbestätigung ...	401
II. Ausnahmen von der Erteilung einer Eingangsbestätigung (S. 2) .....	401
III. Hinweis auf die Möglichkeit eines internen Meldeverfahrens in geeigneten Fällen (S. 3) .....	402
1. Normzweck .....	402
2. Geeigneter Fall für ein internes Meldeverfahren .....	403
a) Geeignetheit .....	403
b) Vorprüfung .....	403
B. Prüfung der Anwendbarkeit und der Stichhaltigkeit (Abs. 2) ...	403
I. Systematisches Prüfverfahren .....	403
II. Umfang der Prüfung der Anwendbarkeit und der Stichhaltigkeit .....	403
C. Akteneinsicht (Abs. 3) .....	404
I. Umfang des Akteneinsichtsrechts .....	404
II. Gleichlauf mit dem Akteneinsichtsrecht des Verwaltungsverfahrensrechts .....	404
III. Einhaltung der Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten .....	404
D. Rückmeldung (Abs. 4) .....	404
I. Normzweck .....	404
II. Inhalt der Rückmeldung .....	405
III. Frist der Rückmeldung .....	405
1. Grundsatz: Dreimonatsfrist (S. 2) .....	405
2. Ausnahme: Sechsmonatsfrist bei umfangreicher Bearbeitung (S. 3, 4) .....	406
E. Umgang mit besonders schweren Verstößen (Abs. 5) .....	406
<b>§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen</b> .....	406
A. Normzweck .....	407
B. Norminhalt .....	408

# Inhaltsverzeichnis

I. Überprüfung der Stichhaltigkeit (Abs. 1) .....	408
1. Inhalt des Auskunftsverlangens und Adressatenkreise (S. 1) .....	408
a) Hinweisgebende Personen .....	408
b) Beschäftigungsgeber .....	408
aa) Besondere Anforderungen an den Inhalt des Auskunftsverlangens .....	409
bb) Möglichkeit der Entlastung für den Beschäftigungsgeber durch Auskunftserteilung .....	409
cc) Rechtsqualität des Auskunftersuchens .....	409
c) Dritte .....	410
d) Behörden .....	410
2. Frist (S. 2) .....	410
3. Verweis auf Normen der Strafprozessordnung (S. 3) ..	411
4. Entschädigungsmöglichkeiten (S. 4, 5) .....	411
II. Weitere Folgemaßnahmen (Abs. 2) .....	411
1. Kontaktierung des betroffenen Beschäftigungsgebers (Nr. 1) .....	411
2. Verweisung an andere zuständige Stellen (Nr. 2) .....	411
3. Abschluss des Verfahrens aus Mangel an Beweisen oder aus anderen Gründen (Nr. 3) .....	412
4. Abgabe an eine zuständige Behörde zwecks weiterer Untersuchungen (Nr. 4) .....	412
<b>§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen</b> .....	412
A. Normzweck .....	412
B. Norminhalt .....	413
<b>§ 31 Abschluss des Verfahrens</b> .....	413
A. Normzweck .....	414
I. Verfahrensabschluss .....	414
II. Kritische Würdigung der Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit .....	415
B. Norminhalt .....	416
I. Grundfall: Abschluss des Verfahrens (Abs. 1) .....	416
II. Weiterleitung durch die externe Meldestelle an die zuständige Stelle (Abs. 2) .....	416
1. Rechtsnatur und Rechtsfolgen der Weiterleitung .....	416
2. Modalitäten der Weiterleitung .....	416
a) Unzuständigkeit (S. 1 Var. 1, S. 2) .....	417
b) Unvermögen (S. 1 Var. 2) .....	417
3. Identitätsschutz der hinweisgebenden Person .....	417
III. Geringfügigkeit des Verstoßes (Abs. 3) .....	417
IV. Wiederholte Meldung (Abs. 4) .....	418
V. Mitteilung bei Verfahrensabschluss nach Abs. 3, 4 (Abs. 5) .....	418
VI. Mitteilung bei Verfahrensabschluss nach Abs. 1 (Abs. 6) ..	419
VII. Rechtsweg (Abs. 7) .....	419

## Abschnitt 3. Offenlegung

<b>§ 32 Offenlegung von Informationen</b> .....	421
A. Allgemeines .....	422
I. Charakter der Offenlegung .....	422
II. Vorgaben der Whistleblower-RL .....	423
1. Sekundäre Offenlegung .....	424
2. Primäre Offenlegung .....	424
3. Mindest- oder vollharmonisierender Charakter .....	424
III. Offenlegungen nach dem HinSchG .....	425
B. Begriff der Offenlegung .....	426
C. Zusätzliche Voraussetzungen der Offenlegung (Abs. 1) .....	428
I. Sekundäre Offenlegung (Nr. 1) .....	428
1. Geschriebene Voraussetzungen .....	428
a) Vorherige Meldung gegenüber einer externen Meldestelle .....	428
b) Ungeeignete Folgemaßnahmen oder fehlende Rückmeldung .....	429
c) Keine Offenlegungsmöglichkeit .....	431
2. Ungeschriebene Voraussetzungen .....	431
II. Primäre Offenlegung (Nr. 2) .....	433
1. Ausnahmetatbestände .....	433
a) Unmittelbare oder offenkundige Gefährdung des öffentlichen Interesses (Buchst. a) .....	433
b) Furcht vor Repressalien (Buchst. b) .....	435
c) Geringe Aussicht wirksamer Folgemaßnahmen (Buchst. c) .....	436
2. Hinreichender Grund .....	439
3. Ausschluss der Offenlegung .....	439
D. Verbot der Offenlegung unrichtiger Informationen über Ver- stöße (Abs. 2) .....	440

## Abschnitt 4. Schutzmaßnahmen

<b>§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen</b> .....	441
A. Grundlage .....	444
I. Systematik des Hinweisgeberschutzes nach dem HinSchG .....	444
II. Vorgaben der Whistleblower-RL .....	444
1. Systematik der europäischen Determinanten der Whistleblower-RL .....	444
2. Unionsrechtliche Vorgaben des § 33 .....	445
III. Regelungsgegenstand und Regelungszweck .....	445
IV. Regelungshistorie .....	446
B. Verfahrensbezogene Schutzvoraussetzungen (Abs. 1 Nr. 1) .....	447
I. Allgemeines .....	447

## Inhaltsverzeichnis

II. Meldung gegenüber interner Meldestelle .....	448
III. Meldung gegenüber externer Meldestelle .....	448
IV. Meldung gegenüber sonstigen internen und externen Stellen .....	449
V. Offenlegung .....	450
VI. Melderechtsverbrauch .....	451
VII. Zulässigkeit von Mehrfach- und Parallelmeldungen .....	451
VIII. Beamtenrechtliche Anpassungen .....	452
C. Inhaltsbezogene Schutzvoraussetzungen (Abs. 1 Nr. 2, 3) .....	453
I. Maßgeblicher Zeitpunkt .....	453
II. Hinreichender Grund zu der Annahme der Wahrheit (Nr. 2) .....	453
1. Dogmatische Grundstruktur .....	453
2. Gegenstand der Gutgläubigkeit .....	454
3. Subjektive Komponente .....	455
4. Objektive Komponente .....	456
a) Vernünftige Annahme auf Basis tatsächlicher Anhaltspunkte .....	456
b) Sorgfaltsmaßstab .....	457
c) Verifizierungspflicht .....	459
aa) Herleitung .....	459
bb) Reichweite .....	461
d) Berücksichtigung von Sonderwissen und Sonderfähigkeiten .....	463
e) Hinweisobliegenheiten .....	464
f) „Bösgläubige“ Meldung „wahrer“ Informationen .....	464
5. Teilbarkeit .....	465
III. Hinreichender Grund zu der Annahme der Betroffenheit des sachlichen Anwendungsbereichs (Nr. 3) .....	465
1. Tatsächliche Betroffenheit (Alt. 1) .....	465
2. Hinreichender Grund zu der Annahme (Alt. 2) .....	466
IV. Kein ungeschriebener allgemeiner Notwendigkeitsvorbehalt .....	468
V. Unbeachtlichkeit der Meldemotive .....	469
VI. Anonyme Meldungen .....	471
VII. Ausnahme bei vollumfänglicher öffentlicher Bekanntheit .....	471
D. Ausdehnung auf Meldungen gegenüber Stellen der Europäischen Union (Abs. 2) .....	472
E. Darlegungs- und Beweislast .....	472
<b>§ 34 Weitere geschützte Personen .....</b>	<b>473</b>
A. Allgemeines .....	475
I. Vorgaben der Whistleblower-RL .....	475
II. Normzweck .....	475
III. Regelungssystematik .....	476
B. Schutz unterstützender natürlicher Personen (Abs. 1) .....	476
I. Meldung oder Offenlegung durch eine hinweisgebende Person .....	476

# Inhaltsverzeichnis

II. Unterstützung bei einer Meldung oder Offenlegung durch eine natürliche Person .....	477
III. Im beruflichen Zusammenhang .....	477
IV. Vertraulich .....	478
V. Meldeberechtigung .....	479
C. Schutz verbundener Dritter (Abs. 2) .....	480
I. Dritte, die in einem beruflichen Zusammenhang eine Repressalie erlitten haben (Nr. 1) .....	480
1. Verbindung zur hinweisgebenden Person .....	481
2. Repressalie im beruflichen Zusammenhang .....	481
3. Kausalität .....	482
II. Schutz von verbundenen juristischen Personen, rechtsfähigen Personengesellschaften und sonstigen rechtsfähigen Personenvereinigungen (Nr. 2) .....	482
1. Personalere Schutzbereich .....	483
2. Verbindung zur hinweisgebenden Person .....	483
a) Rechtliche Beteiligung (Var. 1) .....	483
b) Tätigkeit für die geschützte Personenvereinigung (Var. 2) .....	484
c) Anderweitige Verbindung (Var. 3) .....	484
D. Darlegungs- und Beweislast .....	485
<b>§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit .....</b>	<b>485</b>
A. Allgemeines .....	486
B. Informationsbeschaffung und Informationszugriff (Abs. 1) .....	487
I. Regelungszweck und europäischer Hintergrund .....	487
II. Schutzzumfang .....	487
III. Ausschluss strafrechtlich relevanter Maßnahmen .....	490
1. Allgemeines .....	490
2. Konkrete Strafbarkeitsrisiken .....	490
a) Unbefugtes Betreten von (Geschäfts-)Räumen .....	491
aa) § 123 StGB .....	491
bb) § 303 StGB .....	491
b) Mitnahme und Kopien von Datenträgern und Dokumenten .....	492
aa) § 242 StGB .....	492
bb) § 246 StGB .....	492
cc) § 274 Abs. 1 StGB, § 133 StGB .....	492
dd) § 202 StGB .....	492
ee) § 303 StGB .....	493
c) Beschaffung von und Zugriff auf (digitale) Inhalte .....	493
aa) Vorbereitungshandlungen (§ 202c StGB) .....	493
bb) Informationszugang, Kopier- und Weiterleitungsvorgang .....	494
(1) § 202a StGB .....	494
(2) § 303a StGB .....	495
(3) § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG .....	495

# Inhaltsverzeichnis

(4) § 42 Abs. 2 BDSG .....	497
d) Belauschen und Aufnahme von Kommunikation ..	498
e) Rechtfertigung .....	498
C. Informationsweitergabe (Abs. 2) .....	499
I. Allgemeines und sekundärrechtlicher Hintergrund .....	499
II. Hinreichender Grund zu der Annahme der Erforderlich- keit der Informationsweitergabe .....	500
III. Umfang des Ausschlusses der Verantwortlichkeit .....	502
1. Keine Verletzung von Offenlegungsbeschränkungen (Alt. 1) .....	502
a) Allgemeines .....	502
b) Einzelfälle .....	502
2. Ausschluss der rechtlichen Verantwortlichkeit im enge- ren Sinne (Alt. 2) .....	503
D. Notwendige Folgehandlungen .....	504
E. Darlegungs- und Beweislast .....	505
<b>§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr .....</b>	<b>506</b>
A. Allgemeines und sekundärrechtlicher Hintergrund .....	508
B. Verbot von Repressalien (Abs. 1) .....	508
I. Regelungszweck .....	508
II. Repressalien .....	509
1. Verbotene Verhaltensweisen .....	509
2. Einzelfälle .....	511
III. Putativrepressalien .....	512
IV. Nachteile infolge der Informationsbeschaffung und not- wendigen Folgehandlungen .....	513
V. Rechtsfolge eines Verstoßes .....	513
1. Nichtigkeit nach § 134 BGB .....	513
2. Sittenwidrigkeit .....	514
3. Schadensersatz .....	514
4. Beseitigung und Unterlassung .....	515
5. Bußgeld .....	515
C. Beweislastumkehr und materieller Kausalitätsmaßstab (Abs. 2) ..	515
I. Allgemeines .....	515
1. Ausgangssituation: Grundsätzliche Verteilung von Dar- legungs- und Beweislast .....	515
a) Zivilprozess .....	515
b) Verwaltungsprozess und Verwaltungsverfahren ....	516
c) Strafprozess .....	517
d) Bußgeldverfahren .....	517
2. Regelungsgegenstand, Regelungszweck und Vorga- ben der Whistleblower-RL .....	517
II. Anwendungsbereich .....	518
III. Vermutungsbasis .....	518
1. Anwendungsbereich und Schutzvoraussetzungen ....	519
2. Benachteiligung im Zusammenhang mit der berufli- chen Tätigkeit .....	519

3. Geltendmachung .....	519
4. Zeitliche Geltung .....	520
5. Vorgeschaltete Missbrauchskontrolle .....	522
IV. Reichweite der Vermutungswirkung .....	522
V. Widerlegung der Vermutung .....	523
1. Beweisanforderungen .....	523
2. Rechtfertigung der Benachteiligung .....	524
a) Hinreichend gerechtfertigte Gründe .....	524
b) Motivbündel .....	525
3. Keine Kausalität .....	527
4. Notwendigkeit umfassender Dokumentation .....	527
VI. Ausnahmen .....	528
<b>§ 37 Schadensersatz nach Repressalien .....</b>	<b>528</b>
A. Allgemeines .....	529
I. Regelungsinhalt .....	529
II. Unionsrechtliche Einflüsse .....	529
III. Normzweck und rechtsdogmatische Einordnung .....	531
B. Tatbestand .....	532
I. Verstoß gegen das Verbot von Repressalien nach § 36 ....	532
II. Anspruchsinhaber und Aktivlegitimation .....	532
III. Anspruchsgegner und Passivlegitimation .....	532
1. Zurechnung .....	533
2. Notwendigkeit einer normativen Eingrenzung .....	534
3. Haftungsmehrheiten und Durchgriffshaftung .....	535
4. Dulden .....	535
IV. Verschuldensunabhängige Haftung .....	536
C. Schaden .....	537
I. Ausnahme vom Grundsatz der Naturalrestitution gem. § 37 Abs. 2 .....	538
1. Regelungsinhalt .....	538
2. Rückausnahme .....	539
3. Unionsrechtskonformität .....	539
II. Ersatz materieller Schäden .....	540
1. Kriterien zur Bemessung einer Entschädigung in Geld .....	540
2. Entgangener Gewinn .....	540
3. Kündigungsfälle .....	542
4. Rechtsverfolgungskosten .....	542
III. Ersatz immaterieller Schäden .....	542
D. Haftungsausschluss .....	544
E. Darlegungs- und Beweislast .....	545
F. Konkurrenzen und weitere Haftungsgrundlagen .....	545
G. Einstweiliger Rechtsschutz .....	545
<b>§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung .....</b>	<b>546</b>
A. Normzweck, Rechtsdogmatik und europäischer Einfluss .....	547
B. Tatbestand .....	548

## Inhaltsverzeichnis

I. Voraussetzungen .....	548
II. Aktiv- und Passivlegitimation .....	548
III. Qualifiziertes Verschulden .....	549
C. Schaden .....	550
I. Haftungsausfüllende Kausalität .....	550
II. Ersatzfähigkeit immaterieller Schäden .....	552
III. Ersatzfähigkeit materieller Schäden .....	552
1. Aufklärungs- und Rechtsverfolgungskosten .....	552
2. Reputationsschäden .....	553
D. Darlegungs- und Beweislast .....	554
E. Konkurrenzen .....	554
<b>§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen .....</b>	<b>555</b>
A. Normzweck und sekundärrechtlicher Einfluss .....	556
B. Halbzwingendes Abweichungsgebot .....	556
I. Allgemeines .....	556
II. Einseitige Abweichungen .....	557
III. Einzelfälle .....	557
C. Rechtsfolge .....	558
<b>Abschnitt 5. Sanktionen</b>	
<b>§ 40 Bußgeldvorschriften .....</b>	<b>560</b>
A. Regelungsgegenstand und Zweck; unionsrechtlicher Hintergrund; Compliance-Relevanz .....	561
B. Wesentliche Offenlegung unrichtiger Informationen über Verstöße (Abs. 1) .....	562
C. Vorsätzliche Behinderung einer Meldung oder Kommunikation; Ahndbarkeit des Versuchs (Abs. 2 Nr. 1, Abs. 5) .....	563
D. Vorsätzliches Unterlassen von Einrichtung und Betrieb einer Meldestelle (Abs. 2 Nr. 2) .....	565
E. Vorsätzliches Ergreifen verbotener Repressalien; Ahndbarkeit des Versuchs (Abs. 2 Nr. 3, Abs. 5) .....	566
F. Unterlassene Wahrung der Vertraulichkeit (Abs. 3, Abs. 4) .....	567
G. Ahndbarkeit des Versuchs (Abs. 5) .....	568
H. Bußgeldrahmen; Geldbußen gegen juristische Personen (Abs. 6) .....	568
I. Verhältnis zu § 130 OWiG; Compliance-Anforderungen .....	570
<b>Abschnitt 6. Schlussvorschriften</b>	
<b>§ 41 Verordnungsermächtigung .....</b>	<b>573</b>
A. Normzweck .....	573
B. Norminhalt .....	573
<b>§ 42 Übergangsregelung .....</b>	<b>574</b>
A. Regelungsgegenstand .....	575

## Inhaltsverzeichnis

B. Kodifizierte Übergangsregelungen .....	575
I. Abs. 1 .....	575
II. Abs. 2 .....	576
C. Nicht ausdrücklich kodifiziertes Übergangsrecht .....	577
I. Individueller Hinweisgeberschutz .....	578
II. Externe Meldestellen .....	581
D. Rechtslage nach Ablauf der Umsetzungsfrist der Whistleblower-RL und vor Inkrafttreten des HinSchG .....	581
I. Unmittelbare Wirkung von Richtlinien nach der Rechtsprechung des EuGH .....	581
II. Organisationsrecht .....	582
1. Einrichtung interner Meldestellen .....	582
2. Einrichtung externer Meldestellen .....	583
III. Individueller Hinweisgeberschutz .....	583
1. Unmittelbare Anwendbarkeit der Whistleblower-RL .....	583
2. Mittelbare Anwendbarkeit der Whistleblower-RL .....	584
IV. Individueller Betroffenschutz .....	585

### Kapitel III: Sektorspezifische Vorgaben

#### Abschnitt 1: Finanzaufsichtsrecht

**Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission**

<b>Artikel 32 Meldung von Verstößen .....</b>	<b>587</b>
A. Einführung .....	590
I. Regelungshintergrund und -zweck .....	590
II. Regelungsgegenstand .....	590
1. Mögliche und tatsächliche Verstöße .....	590
2. Verstöße gegen die Marktmissbrauchs-VO .....	592
3. Externes und internes Whistleblowing .....	594
III. Wirkungsweise .....	595
IV. Verhältnis zu anderen Whistleblowing-Vorschriften .....	595
1. Vorbild- und Parallelregelungen .....	595
2. Verhältnis zur Whistleblower-RL .....	595
B. Externes Whistleblowing (Abs. 1, 2) .....	597
I. Überblick und Regelungssystematik .....	597
II. Zuständige Behörden .....	597
III. Verfahren für die Entgegennahme von Meldungen (Buchst. a) .....	598
1. Sichere Kommunikationskanäle .....	598
2. Möglichkeit zur Abgabe anonymer Meldungen .....	598
3. Folgekommunikation .....	599
4. Öffentliche Informationen zum Whistleblowing .....	600

# Inhaltsverzeichnis

5. Interne Organisation der Behörde .....	600
IV. Schutz von Whistleblowern und gemeldeten Personen (Buchst. b) .....	601
1. Personelle Reichweite .....	601
2. Schutz vor Vergeltung, Diskriminierung und sonstigen Benachteiligungen .....	603
V. Schutz personenbezogener Daten (Buchst. c) .....	605
VI. Umsetzung in Deutschland .....	606
C. Internes Whistleblowing (Abs. 3) .....	607
I. Adressaten .....	607
II. Kein Vorrang des internen Whistleblowings .....	607
III. Ausgestaltung der Meldesysteme .....	609
IV. Umsetzung in Deutschland .....	610
D. Finanzielle Anreize für Whistleblower (Abs. 4) .....	610
I. Regelungsinhalt .....	610
1. Finanzielle Anreize .....	610
2. Voraussetzungen .....	611
3. Bisherige Umsetzung .....	612
II. US-amerikanisches Regelungsvorbild .....	613
III. Vor- und Nachteile finanzieller Anreize .....	613
1. Anreizdefizite als status quo .....	613
2. Bedenken gegen finanzielle Anreize .....	614

## **Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz – FinDAG)**

<b>§ 4d Meldung von Verstößen; Verordnungsermächtigung .....</b>	<b>617</b>
A. Regelungshintergrund .....	618
I. Regelungszweck .....	618
II. Europäische Vorgaben und Normentwicklung bis zum HinSchG .....	618
III. Heutige Fassung und Verhältnis zum HinSchG .....	619
B. Regelungsinhalt .....	621
I. Rechtsverstöße .....	621
1. Tatsächliche, potenzielle und künftige Rechtsverstöße ..	621
2. Rechtsverstöße im Zuständigkeitsbereich der BaFin ....	622
II. Ausgestaltung des Meldesystems .....	623
1. Allgemeine Vorgaben des HinSchG .....	623
2. Sektorspezifische Vorgaben des Unionsrechts .....	623
3. Möglichkeit zur Abgabe anonymer Meldungen (§ 4d Abs. 1 S. 2) .....	625
C. BaFin-Hinweisgeberverordnung .....	626
I. Entwicklung und Anwendungsbereich .....	626
II. Inhalt .....	627
1. Spezielle Beschäftigte (§ 1 BaFinHwgebV) .....	627
2. Spezielle Kommunikationskanäle (§ 2 BaFinHwgebV) .	628
3. Informationen für Hinweisgeber (§§ 3 f. BaFin-HwgebV) .....	628

# Inhaltsverzeichnis

4. Dokumentation und Datensicherheit (§§ 5–7 BaFin-HwgebV) .....	629
D. Hinweisgeberstelle der BaFin .....	629
I. Organisation .....	629
II. Praktische Relevanz .....	630
III. Sachdienlichkeit und Missbrauch .....	631

## Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)

<b>§ 25a Besondere organisatorische Pflichten, Bestimmungen für Risikoträger; Verordnungsermächtigung .....</b>	<b>632</b>
A. Regelungshintergrund .....	634
I. Normentwicklung .....	634
II. Regelungszweck .....	635
B. Anwendungsbereich .....	636
I. Normadressaten und geschützte Personen .....	636
1. Institut .....	636
2. Mitarbeiter eines Instituts .....	636
a) Mitarbeiter des Instituts .....	636
b) Mitarbeiter in ausgelagerten Bereichen .....	638
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	638
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	639
1. Anwendungsbereich von § 25a Abs. 1 S. 6 Nr. 3 eröffnet .....	639
2. Anwendungsbereich von § 25a Abs. 1 S. 6 Nr. 3 nicht eröffnet .....	641
3. Verhältnis zum externen Whistleblowing .....	642
C. Gegenstand .....	643
D. Organisationsanforderungen .....	643
I. Einrichtung eines speziellen Prozesses .....	644
1. Unabhängigkeit und Verlässlichkeit .....	645
2. Aufklärung der Mitarbeiter .....	645
3. Bereitstellung verschiedener Kanäle .....	646
II. Geeignete Stelle innerhalb des Unternehmens .....	646
III. Gewährleistung der Vertraulichkeit der Identität .....	648
1. Schutz des Hinweisgebers vor ungerechtfertigter Behandlung infolge der Meldung .....	648
2. Vertraulichkeit als notwendige Bedingung .....	648
3. Erforderlicher Vertraulichkeitsstandard .....	649
4. Vertraulichkeit der Identität der gemeldeten Person .....	649
IV. Schutz personenbezogener Daten .....	650
1. Der Auskunftsanspruch der gemeldeten Person .....	651
2. Einschränkung des Auskunftsanspruchs durch berechtigtes Interesse des Whistleblowers .....	651
V. Gestaltungsspielraum und ergänzende Vorgaben des HinSchG .....	652
E. Aufsicht .....	652

# Inhaltsverzeichnis

## Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)

<b>§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen</b> .....	654
A. Regelungszweck .....	655
B. Internes geldwäscherechtliches Hinweisgebersystem .....	655
I. Pflicht zur Einrichtung eines Hinweisgebersystems .....	655
II. Meldegegenstand .....	656
III. Meldeberechtigter Personenkreis .....	657
IV. Ausgestaltung der Meldestelle .....	657
1. Interne Meldestelle .....	659
2. Meldewege .....	659
3. Outsourcing .....	659
4. Meldeprozess .....	660
V. Vertraulichkeitsverpflichtung .....	660
VI. Sonstiger Schutz des Hinweisgebers .....	662
<b>§ 53 Hinweise auf Verstöße</b> .....	662
A. Überblick .....	665
B. Einrichtung einer Hinweisgeberstelle (Abs. 1) .....	665
I. Pflicht zur Errichtung einer Hinweisgeberstelle .....	665
II. Zuständigkeit der Meldestelle .....	666
III. Meldeberechtigter Personenkreis .....	666
IV. Ausgestaltung des Meldeweges .....	667
C. Datenschutz (Abs. 2) .....	667
D. Vertraulichkeitsverpflichtung (Abs. 3) .....	668
I. Identität von Hinweisgeber, betroffene und sonstige Personen .....	668
1. Identität des Hinweisgebers .....	668
2. Identität der vom Hinweis betroffenen Personen .....	668
3. Identität sonstiger in der Meldung genannter Personen .....	668
II. Umfang der Vertraulichkeitspflicht .....	669
III. Ausnahmen von der Vertraulichkeitsverpflichtung .....	669
E. Keine Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes (Abs. 4) .....	670
F. Schutz des Meldenden (Abs. 5, 5a) .....	670
I. Geschützter Personenkreis .....	670
II. Sachlicher Schutzbereich .....	671
III. Umfang des Schutzes .....	671
1. Benachteiligungsschutz .....	671
2. Unwahre Hinweise .....	672
IV. Beschwerderecht (Abs. 5a) .....	672
G. Keine Beschränkbarkeit von Rechten Beschäftigter (Abs. 6) .....	673
H. Keine Einschränkung von Verfahrensrechten Betroffener (Abs. 7) .....	673
I. Hinweisgebersystem der BaFin .....	674

# Inhaltsverzeichnis

## Gesetz zur Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten (Wertpapierinstitutsgesetz – WpIG)

<b>§ 13 Hinweisgebersystem und Aufzeichnungsverpflichtung</b> ....	675
A. Regelungshintergrund .....	675
B. Anwendungsbereich .....	676
I. Normadressaten und geschützte Personen .....	676
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	677
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	677
C. Regelungsinhalt .....	678
I. Gegenstand und Organisationsanforderungen (§ 13 Abs. 1 S. 1) .....	678
II. Beauftragung eines Sozialpartners (§ 13 Abs. 1 S. 2) .....	679
1. Sozialpartner .....	679
2. Das Schutzniveau von § 4d FinDAG .....	679
D. Aufsicht .....	680

## Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz – WpHG)

<b>§ 58 Hinweisgeberverfahren</b> .....	681
A. Regelungshintergrund .....	681
I. Normentwicklung .....	681
II. Regelungszweck .....	683
B. Anwendungsbereich .....	683
I. Normadressaten .....	683
1. Datenbereitstellungsdienste .....	683
2. Datenbereitstellungsdienste mit begrenzter Bedeutung für den europäischen Binnenmarkt .....	684
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	684
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	685
C. Regelungsinhalt .....	686
D. Aufsicht .....	686

## Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

<b>§ 28 Allgemeine Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung</b> .....	687
A. Regelungshintergrund .....	688
I. Normentwicklung .....	688
II. Regelungszweck .....	689
B. Anwendungsbereich .....	689
I. Normadressaten und geschützte Personen .....	689
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	690
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	691
C. Regelungsinhalt .....	691
D. Aufsicht .....	692

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 68 Beauftragung und jährliche Prüfung; Verordnungsermächtigung</b> .....	692
A. Regelungshintergrund .....	693
B. Anwendungsbereich .....	694
I. Normadressaten und geschützte Personen .....	694
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	694
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	695
C. Regelungsinhalt .....	695
D. Aufsicht .....	696

## **Börsengesetz (BörsG)**

<b>§ 3b Meldung von Verstößen</b> .....	697
A. Regelungshintergrund .....	699
I. Regelungszweck .....	699
II. Normentwicklung und europäische Vorgaben .....	699
III. Verhältnis zu § 4d FinDAG, HinSchG und Whistleblower-RL .....	700
B. Persönlicher Anwendungsbereich .....	702
C. Gegenstand der Meldungen (Abs. 1 S. 1) .....	702
I. Mögliche und tatsächliche Verstöße .....	702
II. Rechtsakte .....	703
1. Verstöße gegen das BörsG und dessen Durchführungsrechtsakte .....	703
2. Verstöße gegen die MiFIR .....	703
3. Verstöße gegen die Transparenz-Wertpapierfinanzierungsgeschäfte-VO und deren Durchführungsrechtsakte .....	704
4. Verstöße gegen sonstige Vorschriften .....	704
III. Begrenzung auf den Zuständigkeitsbereich der Börsenaufsichtsbehörde .....	705
D. Ausgestaltung des Meldesystems .....	706
I. Geeignete Meldevorkehrungen .....	706
II. Möglichkeit zur Abgabe anonymer Meldungen (Abs. 1 S. 2) .....	707
III. Weiterverfolgung von Meldungen .....	708
E. Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 2) .....	708
F. Schutz des Hinweisgebers .....	709
I. Schutz der Identität (Abs. 3) .....	709
1. Geheimhaltungsgrundsatz (S. 1) .....	709
2. Ausnahmsweise Offenlegung in Ermittlungs-, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren (S. 3) .....	710
3. Kaum Schutz der Identität durch die StPO im Strafverfahren .....	711
II. Nichtanwendung der Informationsfreiheitsgesetze (Abs. 4) ..	712
III. Keine rechtlichen Nachteile aufgrund der Meldung (Abs. 5) ..	712
1. Personelle Reichweite .....	712
2. Schutz vor arbeitsrechtlichen Repressalien (Fall 1) .....	713
3. Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung (Fall 2) .....	714

## Inhaltsverzeichnis

4. Schutz vor zivilrechtlicher Haftung (Fall 3) .....	714
5. Schutz vor verwaltungsrechtlichen Maßnahmen und Sanktionen .....	715
6. Kausalzusammenhang .....	715
7. Ausschluss bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit .....	716
IV. Keine vertragliche Beschränkung des Whistleblowings (Abs. 6) .....	716
G. Rechte von Personen, die Gegenstand einer Meldung sind .....	717
I. Geheimhaltung der Identität (Abs. 3 S. 2) .....	717
II. Verfahrens- und Prozessrechte (Abs. 7) .....	717
H. Praktische Relevanz der Vorschrift .....	717
<b>§ 5 Pflichten des Börsenträgers .....</b>	<b>718</b>
A. Regelungshintergrund und -umfeld .....	719
I. Regelungszweck .....	719
II. Normentwicklung und europarechtlicher Hintergrund .....	719
III. Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	720
1. Verhältnis zum HinSchG .....	720
2. Verhältnis zu Art. 16 Marktmissbrauchs-VO .....	721
3. Verhältnis zu § 4d FinDAG und § 3b .....	722
B. Anwendungsbereich .....	722
I. Verpflichtete .....	722
II. Mögliche und tatsächliche Rechtsverstöße .....	723
III. Rechtsakte .....	723
IV. Hinweisgeber .....	724
1. Mitarbeiter des Börsenträgers .....	724
2. Mitarbeiter in ausgelagerten Bereichen .....	725
3. Mitarbeiter im Konzern .....	725
4. Mitarbeiter, die für die Börsenanstalt tätig sind .....	726
C. Errichtung des Meldeprozesses .....	726
I. Zuständigkeit und Zugriff .....	726
II. Spezielle, unabhängige und autonome Kommunikationskanäle .....	727
III. Auslagerung .....	728
IV. Ergänzende Vorgaben des HinSchG .....	729
D. Aufsicht .....	729
 <b>Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung – WPO)</b>	
<b>§ 55b Internes Qualitätssicherungssystem .....</b>	<b>730</b>
A. Regelungshintergrund .....	731
I. Normentwicklung .....	731
II. Regelungszweck .....	731
III. Satzungsrecht .....	731
IV. Nationale und internationale Berufsstandards .....	732
B. Anwendungsbereich .....	733
I. Normadressaten und geschützte Personen .....	733

# Inhaltsverzeichnis

1. Berufsangehörige .....	733
2. Mitarbeiter .....	734
II. Erfasste Rechtsverstöße .....	734
III. Verhältnis zu sonstigen Hinweisgebervorschriften .....	734
C. Regelungsinhalt .....	735
D. Aufsicht und interne Nachschau .....	736
I. Aufsicht durch die Wirtschaftsprüferkammer .....	736
II. Interne Nachschau durch den Berufsträger .....	737

## Abschnitt 2: Versicherungsaufsichtsrecht

### Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG)

<b>§ 23 Allgemeine Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Produktfreigabeverfahren .....</b>	<b>738</b>
A. Einleitung .....	740
B. Gegenstand und Entwicklung der Regelung .....	740
C. Unionsrechtliche Vorgaben .....	741
D. Normadressaten .....	743
E. Hinweisgeberverfahren nach § 23 Abs. 6 .....	744
I. Unionsrechtliche Einflüsse .....	744
II. Verhältnis VAG und HinSchG .....	745
III. Meldeprozess .....	745
IV. Umsetzungsvorgaben .....	746
1. Einrichtungspflicht .....	746
2. Hinweisgeber .....	747
3. Vertraulichkeit .....	748
4. Meldefähige Verstöße .....	749
a) VAG .....	750
b) Verordnungen auf Basis des VAG .....	751
c) Marktmissbrauchs-VO .....	751
d) PRIIP-VO .....	751
e) Externe Meldungen .....	752
f) Strafbare Handlungen .....	752
5. Geeignete interne Stelle .....	753
a) Eignung .....	753
b) Beauftragung Dritter .....	754
6. Dokumentation .....	755

## Abschnitt 3: Sicherheitsgesetze

### VO (EU) 376/2014 über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt Schiffssicherheitsgesetz (SchSG)

<b>§ 14 Überprüfung von Schiffen unter ausländischer Flagge .....</b>	<b>758</b>
A. Gemeinsamer Normzweck .....	759
B. Art. 4, 5 VO (EU) 376/2014 (§ 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 HinSchG) ....	759

# Inhaltsverzeichnis

I. Schutz der Flugsicherheit .....	759
II. Meldepflichtige Anlässe .....	761
1. Betrieb des Luftfahrzeugs .....	761
2. Technische Zustände, Wartung, Instandsetzung .....	761
3. Flugsicherungsdienste .....	761
4. Flugplätze und Bodendienste .....	761
III. Meldepflichtige Personen .....	761
IV. Freiwillige Meldungen .....	762
V. Fazit .....	762
C. § 14 Abs. 1 SchSG (§ 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 HinSchG) .....	762
I. Schutz der Seeverkehrssicherheit .....	762
1. Verweis des § 14 SchSG auf die Hafenstaatkontrolle ....	762
2. Konzeption der Hafenstaatkontrolle .....	762
II. Beschwerdeverfahren nach Art. 18 Hafenstaatkontrolle- Richtlinie .....	763
III. Beschwerdeverfahren nach Art. 5 RL 2013/54/EU .....	764
IV. Fazit .....	764

## Abschnitt 4: Sonderarbeitsrecht Seearbeitsgesetz (SeeArbG)

§ 127 Beschwerderecht .....	765
§ 128 Beschwerdeverfahren .....	766
A. Allgemeines .....	768
B. Rechtsgrundlagen .....	769
C. Anwendungsbereich .....	770
I. Sachlicher Anwendungsbereich .....	770
1. Kauffahrteischiff unter deutscher Bundesflagge .....	770
2. Faktische Unabdingbarkeit .....	771
II. Persönlicher Anwendungsbereich .....	772
D. Beschwerdegegenstand .....	773
I. Verstoß gegen das SeeArbG und seine Verordnungen .....	774
II. Benachteiligung und ungerechte Behandlung .....	774
III. Verletzung von Vereinbarungen .....	775
IV. Formfreiheit/keine Fristen .....	776
V. Verantwortliche .....	776
1. Reeder .....	776
2. Anderer Arbeitgeber .....	777
3. Kapitän .....	777
4. Sonstige .....	778
VI. Subjektive Anforderungen bei der Bewertung durch den Hin- weisegeber .....	778
1. Niedrige Anforderung an zutreffende Bewertung .....	778
2. Popularbeschwerden .....	779
E. Verfahren .....	780
I. Adressaten .....	781

# Inhaltsverzeichnis

1. Intern .....	781
2. Extern .....	781
II. Einzelheiten des Verfahrens .....	783
1. Unterrichtungspflicht .....	783
2. Internes Verfahren .....	783
3. Externes Verfahren .....	784
a) Ermittlungs- und Abhilfebefugnisse der BG Ver- kehr .....	784
b) Weiterleitung durch Gewerkschaften und Seemanns- missionen .....	786
c) Kosten und gerichtliche Überprüfbarkeit .....	786
F. Hinweisgeberschutz .....	786
I. Unterstützung durch Dritte .....	786
II. Identitätsschutz .....	786
III. Maßregelungsverbot .....	788

## Abchnitt 5: Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

### Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG)

<b>§ 8 Beschwerdeverfahren .....</b>	<b>791</b>
A. Überblick .....	792
B. Normativer Hintergrund .....	793
C. Beschwerdeverfahren (Abs. 1) .....	794
I. Etablierung eines Beschwerdeverfahrens (S. 1, 6) .....	794
II. Beschwerdegegenstand (S. 2) .....	796
III. Eingangsbestätigung (S. 3) .....	796
IV. Erörterung (S. 4) .....	797
V. Einvernehmliche Beilegung (S. 5) .....	798
VI. Externes Verfahren (S. 6) .....	798
D. Kriterien (Abs. 2-4) .....	799
I. Verfahrensordnung (Abs. 2) .....	799
II. Unparteilichkeit und Verschwiegenheit (Abs. 3) .....	800
1. Unparteilichkeit und Weisungsunabhängigkeit (S. 1) ..	800
2. Verschwiegenheitspflicht (S. 2) .....	801
III. Zugänglichkeit, Schutz des Hinweisgebers (Abs. 4) .....	801
1. Öffentliche Zugänglichkeit zu Informationen zum Ver- fahren (S. 1) .....	801
2. Zugänglichkeit des Beschwerdeverfahrens (S. 2) .....	801
3. Hinweisgeberschutz (S. 2) .....	802
a) Vertraulichkeit der Identität .....	802
b) Schutz vor Repressalien .....	803
E. Überprüfung des Beschwerdeverfahrens (Abs. 5) .....	804
F. Verhältnis des Beschwerdeverfahrens nach § 8 zum HinSchG .....	805
I. Grundlagen .....	805

# Inhaltsverzeichnis

II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Beschwerdeverfahren nach dem LkSG und dem HinSchG .....	805
1. Gemeinsamkeiten .....	805
2. Unterschiede .....	806
III. Praktische Auswirkungen .....	809
1. Vorteile eines integrierten Meldesystems .....	810
2. Umsetzbarkeit integrierter Meldesysteme .....	810
<b>Sachverzeichnis</b> .....	<b>813</b>

